

Bündnis 90 / Die Grünen
Fraktion im Gemeinderat
Werner Stratmann
Berkenkamp 29
48346 Ostbevern



Ostbevern, den 30.04.22

An den Bürgermeister Herrn Piochowiak,
die Fraktionsvorsitzenden von CDU, SPD und FDP zur Kenntnisnahme

Die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen beantragt zur nächsten Sitzung des Gemeinderats:

ANTRAG: Der Rat der Gemeinde Ostbevern beschließt: Die Gemeinde Ostbevern tritt der Initiative „Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten“ bei.
Der Bürgermeister wird beauftragt, den Beitritt zu vollziehen.

BEGRÜNDUNG:

Gegründet im Juli 2021 mit sieben Initiativstädten sind bis heute bereits ca. 140 Städte und Gemeinden Teil der Initiative, die sich für stadtverträgliche Geschwindigkeiten innerorts einsetzt, insbesondere für Tempo 30 in Innerortsbereichen.

Der Beitritt ist unkompliziert und kostenfrei und erfolgt in der Regel durch formlose Erklärung eines/r politisch Verantwortlichen (Beigeordnete oder Bürgermeister).

Die zentrale Forderung der Initiative, nämlich den Kommunen die Möglichkeit zu eröffnen, Tempo 30 innerorts anzuordnen, wo immer sie es für nötig halten, würde auch der Gemeinde Ostbevern Handlungsspielräume eröffnen, die die Straßenverkehrsordnung und speziell auch der Kreis Warendorf in seiner Auslegung derselben uns bislang verwehren.
(z.B. Wischhausstraße, Bahnhofstraße Kita Alte Schmiede, Nordring)

Zur weiteren Begründung hier eine Kurzfassung der Forderungen der Städteinitiative entnommen der Homepage (www.lebenswerte-staedte.de):

Forderungen und Hintergründe der Städteinitiative

Die Initiative fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten. Derzeit legt der §45 der Straßenverkehrsordnung - ein Bundesgesetz - fest, dass Tempo 30 nur bei konkreten Gefährdungen bzw. vor sozialen Einrichtungen wie beispielsweise Kitas und Schulen angeordnet werden kann.

Die Erklärung der Initiativstädte (aus dem Positionspapier, Stand Juli 2021):

Die für Mobilität und Stadtentwicklung zuständigen Beigeordneten, Bürgermeister:innen und Stadtbaurät:innen der unterzeichnenden Städte erklären daher:

1. Wir bekennen uns zur Notwendigkeit der Mobilitäts- und Verkehrswende mit dem Ziel, die Lebensqualität in unseren Städten zu erhöhen.
2. Wir sehen Tempo 30 für den Kraftfahrzeugverkehr auch auf Hauptverkehrsstraßen als integrierten Bestandteil eines nachhaltigen gesamtstädtischen Mobilitätskonzepts und einer Strategie zur Aufwertung der öffentlichen Räume.
3. Wir fordern den Bund auf, umgehend die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass die Kommunen im Sinne der Resolution des Deutschen Bundestags vom 17.01.2020 ohne weitere Einschränkungen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts dort anordnen können, wo sie es für notwendig halten.
4. Wir begrüßen ein vom Bund gefördertes begleitendes Modellvorhaben, das wichtige Einzelaspekte im Zusammenhang mit dieser Neuregelung vertieft untersuchen soll (u. a. zu den Auswirkungen auf den ÖPNV, zur Radverkehrssicherheit und zu den Auswirkungen auf das nachgeordnete Netz), um ggf. bei den Regelungen bzw. deren Anwendung nach steuern zu können.

Ausführlichere Informationen findet man im Positionspapier der Initiative auf der Homepage.

Auch der deutsche Städtetag begrüßt die Initiative. Auf der Homepage des Städtetages heißt es dazu:

Kommunen haben ein großes Interesse daran, angemessene Geschwindigkeiten selbst festzulegen. Dies zeigt die **neue Städteinitiative "Lebenswerte Städte durch angemessene Geschwindigkeiten – eine neue kommunale Initiative für stadtverträglicheren Verkehr"**. Organisiert von der Agora Verkehrswende mit Beteiligung des Deutschen Städtetages wurde die Initiative am 6. Juli 2021 bei einer Online-Veranstaltung gestartet.

Die Initiative bekennt sich zur Mobilitätswende und fordert den Bund auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen Tempo 30 als Höchstgeschwindigkeit innerorts anordnen können, wo sie es für notwendig halten.

Der Deutsche Städtetag hält die Vorschläge für eine gute Grundlage, die in Modellversuchen erprobt werden sollte. Der kommunale Spitzenverband plädiert dafür, **Tempo 30 als Regelgeschwindigkeit außerhalb von Hauptstraßen** auszuprobieren.

(Mehr auf: www.staetetag.de)

Weitere Begründung und ggf. Anträge zur Sache erfolgen mündlich in der Sitzung

Für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen
Mit freundlichen Grüßen

Werner Stratmann, Fraktionsvorsitzender